

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

■ noch nie waren die Chancen so groß, eine Grüne Bundestagsabgeordnete in Ostwürttemberg zu bekommen, denn Margit Stumpp ist mit Platz 15 auf der grünen Landesliste ganz nah dran. Wenn die Grünen in Ba-Wü wenigstens 17 % der Stimmen holen (28 % waren's bei der Landtagswahl), wäre das die Fahrkarte nach Berlin.

Lasst uns alle mithelfen, damit dies gelingt, erzählt es weiter, bietet es auch den Unentschlossenen als Argument an, wenigstens die Zweitstimme den GRÜNEN zu geben!

Margit ist seit Wochen unterwegs auf Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Sie legt einen unglaublich engagierten Wahlkampf hin. Wer sich ein Bild davon machen will, schau mal in ihre Homepage rein (www.stumpp2013.de).

Mit einem Infostand am 7. September beginnt für uns die heiße Phase des Wahlkampfs. Ab dann jeden Samstag auf dem Eugen-Jaekle-Platz! Kommt munter vorbei!

Am 17. September wird die Grüne Jugend mit ihrer Hochtour bei uns Station machen. Näheres auf Seite 4.

Am 13.09. ist Winfried Kretschmann in Aalen. Er wird dort gegen Mittag auf einer öffentlichen Wahlveranstaltung auftreten.

Nun empfehle ich euch die Beiträge der neuen GRÜNS zur Lektüre. Alle Termine findet ihr wie üblich auf der letzten Seite.

Uns allen wünsche ich einen schönen Rest-Sommer. Ach ja, Wahlparty nicht vergessen: am 22.09 ab 17:30 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus in Königsbronn.

Herzliche Grüße

Stefan Seiff-Weil

Endspurt im Bundestagswahlkampf

von Margit Stumpp

■ Seit über einem Jahr bereiten wir uns auf die Wahl am 22. September vor. Jetzt, da Programme formuliert, Flyer gedruckt und Plakate aufgehängt sind, geht es in den Endspurt: Jede Stimme zählt!

Die Diskussionen zeigen meiner Wahrnehmung nach, dass GRÜN die richtigen Themen anpackt: Gute Ar-

gen, dass dort von Seiten der Politik kein Handlungsbedarf gesehen wird. Sprich: Schwarz-Gelb will Lohndumping auf Staatskosten weiterhin tolerieren.

Energiewende energisch vorantreiben

Die Energiewende droht zu scheitern: Obwohl die großen Energiekonzerne seit 2009 ihre Gewinne um 87



beit, gerechtes Wirtschaften und die zügige und zielorientierte Umsetzung der Energiewende sind auf den Podien und bei Gesprächen die wichtigsten Themen.

Unsere GRÜNE Haltung zeigt Wirkung: Ich habe den Eindruck, dass nach anfänglich heftiger Kritik anerkannt wird, dass wir unsere Ziele konkret formulieren und ehrlich beschreiben, wie wir diese umsetzen und finanzieren wollen. Grundlage dafür ist unser umfangreiches Programm, das aus der GRÜNEN Basis heraus erarbeitet, diskutiert und dadurch noch ein Mal konkretisiert wurde. Es ist ein gutes Programm, das wir aufrichtig vertreten können. Für mich als Kandidatin ist das eine starke Stütze.

Für Mindestlohn

Viele BürgerInnen teilen unsere Sorgen: Während wir einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 € anstreben und befristete Arbeitsverhältnisse nur noch in gut begründeten Fällen zulassen wollen, verschleiert Schwarz-Gelb mit schwammigen Formulierun-

gen, dass dort von Seiten der Politik kein Handlungsbedarf gesehen wird. Sprich: Schwarz-Gelb will Lohndumping auf Staatskosten weiterhin tolerieren. Die Energiewende droht zu scheitern: Obwohl die großen Energiekonzerne seit 2009 ihre Gewinne um 87 Prozent steigern konnten, so viel Unternehmen wie noch nie von der EEG-Umlage befreit sind und im ersten Halbjahr 2013 der Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion in Deutschland auf Grund der verheerenden Politik der Regierung sogar abgenommen hat, wird weiter mit der Begründung „Strompreis“ gegen die Erneuerbaren polemisiert. Verschwiegen wird, dass ein Scheitern der Energiewende das Steigen der Strom- und Energiepreise beschleunigen, die Macht der Konzerne stärken, den Klimawandel voran treiben und Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten würde. Wir halten mit konkreten Plänen dagegen: Abschaffung der unangemessenen Privilegien, Schaffung eines Energiesparfonds zur Unterstützung von Einkommensschwachen, kleiner und mittlerer Unternehmen und Kommunen, Stärkung von Gesellschaftsformen mit Bürgerbeteiligung, angemessener und verträglicher Netzausbau und Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen.

Wir verschieben Chancengleichheit nicht in die Zukunft: Mit der Umverteilung von Finanzen in die Förderung ►

von Kindern statt von Ehen beenden wir die soziale Staffelung von Bildungschancen und die Benachteiligung von Eltern.

Chancengleichheit herstellen

Wir stärken Integration und die Rechte von Migranten. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz, Regelungen für die Privatwirtschaft und einer Quote für Aufsichtsräte und Vorstände wollen wir die Gleichstellung von Frauen voranbringen. Die Stärkung der Infrastruktur auf dem Land gehört für uns ebenso zur Sicherung von Teilhabe wie die Sanierung der öffentlichen Haushalte, damit unsere Kinder und Enkel nicht nur Zinsen zahlen, sondern echte Gestaltungsspielräume haben.

Es gäbe noch viele Themen, nicht umsonst hat unser GRÜNES Wahlprogramm über 300 Seiten! Seine Wirkung entfaltet es aber nur, wenn es auch nach außen getragen und nachdrücklich vertreten wird.

Danke für eure Unterstützung

Dabei habe ich in den vergangenen Monaten von euch viel Unterstützung erfahren. Dafür danke ich euch von Herzen. Dank ist bekanntlich die vornehmste Form der Bitte, daher schicke ich diesem mein derzeit wichtigstes Anliegen hinterher: Werbt weiter intensiv für unsere Politik und unsere Ziele, damit Listenplatz 15 für ein GRÜNES Mandat in Aalen-Heidenheim reicht!

Dem Staat Gestaltungsspielräume eröffnen

Georg Prüfer-Schönfelder referierte zum Steuerkonzept der GRÜNEN

■ **Der Anstieg der Staatsverschuldung von 70 % in den letzten 10 Jahren bei einer weiteren Vermögenskonzentration bei dem reichsten Zehntel der Bevölkerung erzwingt ein Nachdenken über eine Steuerreform. Dies sagte Georg Prüfer-Schönfelder im Meeboldhaus bei einer Veranstaltung des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen.**

Prüfer erläuterte einige der geplanten Reformschritte der Grünen: z.B. solle für alle Bürger steuerfreie Grundfreibetrag von derzeit 8130 € um etwa 600 € angehoben werden. Jenseits dieses Betrags werde jeder zusätzlich zu versteuernde Euro mit einem höheren Steuersatz belegt, von 14 % ansteigend bis derzeit 42 %. Dieser Spitzensteuersatz solle auf 49 % steigen, was aber erst bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 80.000 € (Single) greife.

In der Summe werden so die zu versteuernden Einkommen bis etwa 67.000 € etwas entlastet. Das betrifft etwa 90% aller Arbeitnehmer. Diejenigen, die darüber liegen, werden belastet. Prüfer beurteilte dies als zumutbar. In den letzten zwei Jahrzehnten seien die Steuersätze immer wieder gesenkt worden, so dass nun, nach Finanzkrisen und Rettungsschirmen, für die Sanierung der Staatsfinanzen gegengesteuert werden müsse. Ohne die-

se Sanierung hätte die öffentliche Hand nicht genügend Gestaltungsspielraum für die notwendigen Zukunftsaufgaben.

Dazu müssten auch die Kapitalerträge herangezogen werden. Diese sollten wie übliches Einkommen behandelt werden und nicht mit der reduzierten Abgeltungssteuer. Auch diese Maßnahme treffe, so erläuterte der Referent, nur die Besserverdienenden.

Die Grünen schlagen des Weiteren eine langsame Abschmelzung des Ehegattensplittings vor. Dieses Splitting koste den Staat jährlich 20 Mrd. Euro und unterstütze auch Paare, die keine Kinder zu versorgen haben. Dieses Geld sollte besser für die gezielte Förderung von Kindern eingesetzt werden.

Was die einmalige Vermögensabgabe betrafte, sei keinesfalls daran gedacht, den Mittelstand über Gebühr zu belasten. Prüfer-Schönfelder bedauerte, dass die Reformvorschläge der Grünen oft ungenau oder sogar unzutreffend dargestellt würden. Mit wenigen Mausklicks könne sich jeder über bestehende Steuerprinzipien und die Konzepte der Grünen informieren.

Info: Film von H.M. Hartmann „Über 90 Prozent der Steuerzahler werden entlastet“: <http://www.youtube.com/watch?v=z7saSC-r-NM>

Wirbel nach Pressebericht über Besuch von Claudia Roth bei Voith-Hydro

Einigen Wirbel löste der Bericht in der Heidenheimer Zeitung über den Besuch von Claudia Roth bei Voith-Hydro in Grünen-nahen Kreisen aus. Hauptvorwurf: Claudia Roth habe jeden kritischen Blick auf umweltzerstörerische Mammut-Wasserkraftwerke vermissen lassen. (Vgl. Heidenheimer Zeitung vom 4.07.13)

■ Hier der Versuch einer Aufhellung der Tatsachen. Auch wenn der Bericht ein ziemlich positives Bild von Voith-Hydro und der Voith'schen Familientradition zeichnete, sprach Claudia Roth gleichwohl im internen Gespräch die große Wasserkraft sehr kritisch an. Sie legte beispielhaft den Fokus auf das Belo-Monte-Staudamm-Projekt am Xingu-Fluss Amazoniens. Statt für große Wasserkraftwerke plädierte sie für kleinere

Wasserkraftwerke, die auch die sozialen Probleme, die mit der Umsiedlung von Tausenden von Menschen verbunden sind, vermeiden würden.



Claudia Roth mit Delegation, Voith-Hydro-Vorstand Dr. Michael Münch, rechts hinter Claudia Roth mit Mitarbeitern und einige Heidenheimer Grüne beim Besuch von Voith-Hydro Foto: Oliver Vogel

Das Büro von Claudia Roth ließ gegenüber einer Kritikerin des Berichts ausdrücklich verlauten: „Wir teilen ausdrücklich Ihre Kritik an diesem ‚Engagement‘ des Unternehmens“.

Allgemein bleibt festzuhalten, dass es sich um einen Bericht handelte, auf den die Grünen keinerlei Einfluss hatten. Hans-Martin Hartmann

Einen Film vom Besuch von Claudia gibt's auf YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=F7gPW8m0z80>

Grüne Stadtratsfraktion wollte den Heidenheimer Flächennutzungsplan ändern

Anträge allesamt abgelehnt - Michael Sautter berichtet

■ In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Gemeinderat einige wichtige Entscheidungen getroffen. Leider nicht im Sinne der grünen Gemeinderatsfraktion, weshalb wir im Vorfeld Änderungsanträge zum Flächennutzungsplan (FNP) und zum Lärmaktionsplan gestellt haben. Mehrheitlich wurden sie von CDU, SPD und Freie Wähler abgelehnt, mit der Folge, dass wir den Plänen am Schluss nicht zustimmen konnten.

Der Flächennutzungsplan legt die planerische Entwicklung der Gesamtstadt für die kommenden zehn Jahre fest.

Im Folgenden die Änderungsanträge: „Auf folgende Neubaugebiete ist zu verzichten:

Reutenen

Begründung: Eingriff in wertvollen Baumbestand; u.a. alter Eichenbestand, Verletzung der Grünzäsur des Regionalplans.

Hinter dem Kleinen Bühl

Begründung: Wertvoller Verlust von Heideflächen im Übergang zum Siechenberg, völlig inakzeptables und sehr teures Straßenprojekt (Verbindung Waldstraße-Römerstraße). Wurde aus dem noch gültigen FNP 2005 aufgrund der Unsinnigkeit herausgenommen.

In der Reutte

Begründung: Vogelschutz – und Landschaftsschutzgebiet

Siebenbürgenweg

Begründung: Ökologische Gründe, Flora und Fauna

Seit dem Aufstellungsbeschluss des FNPs haben sich die Argumente, die gegen eine Außenentwicklung sprechen, wie sie von unserer Fraktion seit langer Zeit vorgetragen werden, sogar noch verdichtet. Die Innenentwicklung ist ein Gebot der Stunde.

Laut Zensus 2011 und Fortschreibung hat Heidenheim gerade noch 46.000 Einwohner gegenüber Planbeginn mit 48.811 am 1.1.2009. Die Negativprognose des Landes für 2022 mit 45.422

ist jetzt schon fast erreicht.

Exklusivbauplätze im erschlossenen Baugebiet Wildstraße haben bis heute keinen einzigen Interessenten gefunden und wertvoller Buchenbestand wurde, leider auch mit unseren Stimmen, geopfert! Aber auch städtische Bauplätze wie an der Bahnlinie im Fürsamen finden keinen Absatz und in den Teilorten bieten wir zwischenzeitlich Bauplätze stark reduziert an (vgl. HZ vom 19.07.13)

Andererseits hat die Innenentwicklung in kurzer Zeit eine Dynamik erfahren, die beachtlich ist. Innenstadtnah werden hunderte, moderner Eigentumswohnungen gebaut, die stark nachgefragt werden. Parallel dazu werden Einfamilienhäuser, zum Teil in herrlicher Lage und mit großen Grundstücken zum Kauf angeboten. Der Immobilienmarkt ist diesbezüglich und im Vergleich zu anderen Städten in Heidenheim nicht unattraktiv.

Viel Wert legt man in Heidenheim auf Bürgerpartizipation; auch diverse Fokusgruppen sprechen sich klar gegen einen weiteren Landverbrauch aus.

Der FNP 2022 bietet also die einmalige Chance, die Stadt in ihren Außen Grenzen nicht weiter wachsen zu lassen. Nachhaltigkeit und ökologische Verantwortung sollten wir mit diesem Planwerk zu unserem erklärten Ziel erklären.“

Lärmaktionsplan

Der Lärmaktionsplan ist eine Forderung, die aus Brüssel kommt und dem sinnvollen Ziel dient, den Verkehrslärm in den Städten zu reduzieren. Für Heidenheim wurde unter Einbeziehung der Bürgerschaft ein Planwerk erstellt, mit dem wir einverstanden waren. Beispielsweise hat man vorgesehen, innerhalb des Stadtgebietes keine Ausnahmeregelungen – schneller als Tempo 50 – mehr zuzulassen. Eine ganze Reihe stark frequentierter Straßen sollten in der Nachtzeit auf Tempo dreißig gesetzt werden.

Leider wurde aus diesem Planwerk nichts, da es kurz vor der Verabschiedung regelrecht zerpfückt wurde und in völlig abgeschwächter Form dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorge-

legt wurde.

Unsere Intervention gegenüber dem Oberbürgermeister und dem Gemeinderat war leider auch in diesem Fall erfolglos. Bleibt zu hoffen, dass das Regierungspräsidium diesen Plan nicht absegnet.

Hier der Wortlaut unseres Antrags:

„Laut Verwaltungsvorlage vom 5.07.2013, hat der TU am 18.07.2013 vom Lärmaktionsplan lediglich Kenntnis genommen; am 23.07.2013 ist die Beschlussfassung des Lärmaktionsplans in öffentlicher Sitzung vorgesehen.“

Da wir davon ausgehen, dass den Mitgliedern des Gemeinderats ein geänderter Lärmaktionsplan zugeht, stellen wir folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt den Lärmaktionsplan auf der Grundlage des Beschlussantrags der Verwaltung vom 9.7.2013.

Als einziger Punkt ist aus dem Beschlussantrag zu streichen ‚Realisierung des Innenstadtunnels im Rahmen der B 466 ...‘

Die Begründung dafür lautet:

„Der Lärmaktionsplan wie er von der Verwaltung vorgelegt wurde, stellt für unsere Fraktion einen Minimalkonsens dar. Insbesondere eine ‚Verwässerung‘ bei den Geschwindigkeiten in Richtung der bestehenden Regelung ist für uns nicht akzeptabel.“

Die Anregungen, wie sie z.B. von der Projektgruppe „Mobilität für alle“ vorgebracht wurden, können wir inhaltlich voll unterzeichnen. Da noch nicht einmal alle diese Anregungen im Plan eingegangen sind, gehen wir mittelfristig sogar von einer Weiterentwicklung des Plans aus.

Es bleibt anzumerken, dass inzwischen viele Städte in Baden-Württemberg – vor allem mit Blick auf die Nachtstunden – wesentlich restriktiver verfahren und auch Bundes- und Durchgangsstraßen im Umfeld von Wohnungen auf Tempo 30 setzen.

Lärmschutz ist gleichzeitig Emissionsschutz und auch auf diesem Gebiet hat Heidenheim noch Hausaufgaben zu erledigen.“

Einladung zur

Jahreshauptversammlung 2013

am Mittwoch, 16. Oktober 2013, 20.00 Uhr
im Meeboldhaus, Raum 1, Grabenstraße 19, 89522 Heidenheim

Tagesordnung:

1. Bericht aus der Vorstandsarbeit
2. Kassenbericht
3. Entlastung von Vorstand und Kassierer
4. Neuwahlen Kreisvorstand
5. Neuwahlen des Kreiskassierers/der Kreiskassiererin
6. Neuwahlen des Kassenprüfers/der Kassenprüferin
7. Wahl der Delegierten für den Landesparteitag in Böblingen, 09.11.- 10.11.2013
8. Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag, 19./20. Oktober 2013 in Berlin
9. Verschiedenes, Termine

Jedes Mitglied unseres Kreisverbandes ist berechtigt, sich um ein Amt im Kreisvorstand zu bewerben; bitte bewirbt euch!

Ebenso ist jedes Mitglied berechtigt, sich um ein Delegiertenmandat zu bewerben. Bewerbungen für Ämter und Mandate können auch noch am Abend der JHV entgegen genommen werden. Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens eine Woche vor der Versammlung dem Kreisvorstand schriftlich vorliegen.

Im Namen des Kreisvorstandes

Stefani Schall-Uhl, KV-Sprecherin

Dreieckständer abzugeben



Die großen Dreieckständer aus den Achzignern warten auf neue BetreuerIn

■ Seit den 80-er Jahren tun uns die großen Dreieck-Plakatständer gute Dienste. Leider haben sie einen Nachteil. Sie sind ziemlich groß, schwer und unhandlich. Um sie an Ort und Stelle zu transportieren, bedarf es schon eines großen Anhängers. Und sie benötigen viel Platz. Am bisherigen Aufbewahrungsort sind sie im Weg. Nun haben wir uns entschlossen, uns von ihnen zu trennen, so sich niemand findet, der ihnen eine neue Heimstatt geben und ihnen Betreuung angeheißen lassen kann, was bedeutet, sie auch zu bekleben und dann aufzustellen. Für die Vorstandsmitglieder ist das nicht mehr leistbar.

Zu besichtigen sind die Ständer während des Wahlkampfes: Schnaitheim, Dorfplatz und Mergelstetten, Nähe Kreuzung B 19/Schwenk.

Einer der vielen Wahlkampfauftritte von Margit Stumpp

■ Eine straff geführte Podiumsdiskussion richteten die Wirtschafts-Juniorinnen aus. Wie die Moderatoren Klaus Raab und Robin Aigner es schafften, dem sonst üblichen Redefluss der PolitikerInnen Zügel anzulegen? 60 Sekunden hatte jede Rednerin Zeit für eine Frage. 60 Fragen waren es; vier



Bei der Podiumsdiskussion der Wirtschafts-Juniorinnen v.l.: Wilfried Huber (FDP), Margit Stumpp und die Moderatoren Klaus Raab und Robin Aigner

Politikbereiche sollten beleuchtet werden: Finanzen, Energie, Infrastruktur, Bildung und Gesellschaft. Das Reglement sah zudem vor, dass von den fünf KandidatInnen der im Bundestag vertretenen Parteien lediglich zwei zu jeder Frage Stellung nehmen durften. Das

Los entschied, wer zum Zuge kam und dieses wollte, dass Margit Stumpp zum ügrünen Thema Energiewende nicht zu Wort kam. Trotzdem konnte die Grüne Kandidatin bei den Themen, die normalerweise CDU- und FDP-dominiert sind, durchaus punkten.

Grüne Jugend Hochtour

■ Am 17. September wird die Grüne Jugend mit ihrer Hochtour bei uns Station machen. Von 15-18 Uhr wird sie auf dem Eugen-Jaekle-Platz mit kreativen Aktionen und Spielen für unsere Grünen Ideen werben. Gebt den Termin insbesondere den Jüngeren unter Euch weiter! Es lohnt sich zu kommen!

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 1264,
89502 Heidenheim, Tel. 44389
Sprecherin: Stefani Schall-Uhl,
schalluhl@hotmail.com
Kontakt Regionalbüro/Johannes Paus
Langertstraße 68, 73431 Aalen
Mobil 0162-900 22 99
paus@gruene-ostwuerttemberg
Endredaktion/Layout: H.-M. Hartmann
Fotos: Hartmann, Paus, Stumpp, Vogel
Spendenkonto: 154376000 bei der
Heidenheimer Voba, BLZ: 63290110